

ANJA HEUSS

DIE „BEÜTEORGANISATION“ DES AUSWÄRTIGEN AMTES

Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion

Während des Zweiten Weltkriegs gab es eine Reihe deutscher Organisationen, deren einzige Aufgabe es war, in den besetzten Ländern Kunst und Kulturgut aufzuspüren, zu beschlagnahmen und nach Deutschland zu bringen; mit anderen Worten: im staatlichen Auftrag zu rauben. Die bekannteste dieser Organisationen war zweifellos der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), der auf die Beschlagnahme des jüdischen und bolschewistischen Kulturguts spezialisiert war. In den letzten fünf Jahren sind denn auch zahlreiche Details über die Planung Hitlers für ein sogenanntes „Führermuseum Linz“ sowie über Görings private Kunstsammlung in seinem Landsitz Karin hall der Öffentlichkeit bekannt geworden¹.

Weniger bekannt ist dagegen, daß auch das Auswärtige Amt eine entsprechende Organisation unterhielt, die im Auftrag des Reichsaußenministers politisch relevantes Material in den besetzten Gebieten beschlagnahmen sollte. Diese Organisation, nach ihrem Leiter auch „Sonderkommando Künsberg“ genannt, ist weder in der einschlägigen Literatur über den „Kunstraub der Nationalsozialisten“ ausreichend berücksichtigt worden noch in der Literatur über das Auswärtige Amt².

Eberhard Freiherr von Künsberg³, geboren am 2. 9. 1909 in Speyer, kam schon sehr

¹ Zum Kunstraub der Nationalsozialisten vgl. Jonathan G. Petropoulos, *Art as Politics in the Third Reich: The Administration of Culture and the Collecting of Art by the National Socialist Elite*, Chapel Hill 1995 und Lynn Nicholas, *Der Raub der Europa*, München 1995. Zum „Führermuseum Linz“ vgl. Ernst Kubin, *Sonderauftrag Linz*, Wien 1988 und Charles de Jaeger, *The Linz File. Hitler's Plunder of Europe's Art*, Exeter 1981. Zur Typologie des Kunstraubs vgl. Anja Heuß, *Der Kunstraub der Nationalsozialisten. Eine Typologie*, in: *kritische berichte* 2 (1995). Die Publikation von Ulrike Hartung, *Raubzüge in der Sowjetunion: das Sonderkommando Künsberg 1941–1943*, Bremen 1997, konnte hier nicht mehr berücksichtigt werden, da sie erst nach Abschluß dieses Artikels erschien.

² Vgl. z. B. Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung*, Berlin 1987. Hier wird das Sonderkommando Künsberg nicht erwähnt.

³ Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (künftig: PA/AA), Rep. IV, Personalia, Nr. 842, und Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RS 4/1505. Seit dem 1. 5. 1938 war Künsberg überdies geschäftsführender Direktor der Reichsorganisation „Das braune Band in Deutschland“, die Pferderennen organisierte. Er wurde am 1. 6. 1943 zum Gesandtschafts-

früh in Kontakt mit dem Nationalsozialismus. Bereits als Gymnasiast in Würzburg gehörte er von 1921 bis 1923 dem *Jungsturm Adolf Hitler* an, mit neunzehn Jahren wurde er Mitglied der NSDAP. Während seines Jurastudiums in München war er von 1930 bis 1932 bereits Kreisleiter des NSD-Studentenbundes. Nach dem Studium wurde er 1934 Führer der 15. SS-Reiterstandarte in Regensburg und übernahm die Führung des „Standortes Regensburg“. Am 1. Mai 1936 wurde er Referent im Außenpolitischen Amt der NSDAP und absolvierte nebenbei 1937 sein Gerichtsreferendariat. Von dort wechselte er am 14. März 1939 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt über. Bereits nach einem halben Jahr wurde er als Legationssekretär in die Laufbahn des Höheren Dienstes übernommen und der Abteilung Protokoll zugeteilt, auch dies eine Folge des personalpolitischen Revirements nach der Ernennung Ribbentrops zum Reichsaußenminister am 4. Februar 1938.

Im Oktober 1939 wurde Künsberg von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Chef des Protokolls, Alexander Freiherr von Dörnberg⁴, nach Warschau geschickt, um dort die Akten der feindlichen, aber auch der neutralen diplomatischen Wohnungen und Missionen sicherzustellen⁵. Dort nahm Künsberg auch an der Tagung der deutsch-russischen Zentralgrenzkommission teil⁶. Diese Kommission war aufgrund des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 gebildet worden, in der die Teilung Polens festgelegt wurde. Im November ließ er die Akten des polnischen Außenministeriums abtransportieren⁷. Dabei assistierte ihm Dr. Kurt Jagow in seiner Funktion als Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes⁸. Bei diesem Aufenthalt in Warschau suchte und fand Künsberg auch die Akten der polnisch-russischen Grenzziehungskommission, die aufgrund des Rigaer Vertrages von 1921 gegründet worden war. Die Akten sollten im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes über Berlin nach Moskau geschickt werden⁹. Von 1940 bis 1942 wurden in Polen im Auftrag des Auswärtigen Amtes nicht nur die außenpoli-

rat und am 12. 8. 1943 zum Legationsrat befördert. Am 24. 5. 1944 sollte er als Konsul dem deutschen Generalkonsulat in Tirana zugeteilt werden. Die Berufung kam nicht zustande, da er von der Waffen-SS zur 8. SS-Kavalleriedivision „Florian Geyer“ eingezogen wurde. Diese Einheit wurde im August 1944 beim Bevollmächtigten General der deutschen Wehrmacht in Ungarn neu aufgestellt und kämpfte von Dezember 1944 bis Februar 1945 im Raum Budapest. Sie wurde im Februar 1945 im Pilisgebirge völlig aufgerieben. Vgl. Die geheimen Tagesberichte der Deutschen Wehrmachtführung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, hrsg. von Kurt Mehner, Bde. 10–12; 1.3. 1944–9.5. 1945, Osnabrück 1995. Nach mündlicher Auskunft des Hausarchivs der Freiherren von Künsberg wurde er zuletzt im April 1945 in Pommern auf dem Rückzug gesehen und gilt seitdem als vermißt.

⁴ Alexander Freiherr von Dörnberg, geb. 17.3. 1901, im Auswärtigen Amt (AA) seit 1927, in der NSDAP seit dem 1.4. 1934, Chef des Protokolls von 1939–1945. Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt.

⁵ Vgl. PA/AA, Rep. IV, Personalien, Nr. 842, Bd. 2, Reisekostenabrechnungen für den 4. 10.–19. 10. 1939.

⁶ Vgl. PA/AA, R 27584, Reisekostenabrechnung Künsberg vom 23. 10.–29. 10. 1939.

⁷ PA/AA, Rep. IV, Personalien, Nr. 842, Bd. 2, Reisekostenabrechnung für den 11. 11.–26. 11. 1939.

⁸ Vgl. Ebenda, Nr. 242, Bd. 1–2, Dr. Kurt Jagow, geb. 29. 11. 1890.

⁹ Vgl. PA/AA, R 27524, Schreiben vom 14. 11. 1939.

tisch relevanten Akten der diplomatischen Vertretungen aller Feindmächte beschlagnahmt, sondern auch historische Waffen des Heeresmuseums in Warschau, die dem Deutschen Jagdmuseum in München übergeben wurden¹⁰.

Neben seiner Tätigkeit in Polen nahm Künsberg von 1940 bis 1942 an zahlreichen Verhandlungen des Auswärtigen Amtes teil, etwa an den Verhandlungen zum Schiedspruch zwischen Rumänien und Ungarn, zum Beitritt Ungarns, Bulgariens und Jugoslawiens zum Dreimächtepakt und zur Regierungsneubildung in Oslo¹¹.

Die Beschlagnahmungen Künsbergs in Polen waren noch direkt abhängig von den einzelnen Weisungen des Auswärtigen Amtes. Erst mit dem Angriff auf Holland, Belgien und Frankreich entwickelte Künsberg eine eigene, militärisch aufgebaute Organisation, die der Geheimen Feldpolizei zugeordnet war und den offiziellen Titel „Geheime Feldpolizei-Gruppe zur besonderen Verfügung des Auswärtigen Amtes“ („GFP-Gruppe z. B. V. AA“) trug¹². Für den Westfeldzug wurden alle Angehörigen des Sonderkommandos mit Ausweisen und Uniformen der Geheimen Feldpolizei ausgestattet und unterstanden auch militärisch dem zum Feldpolizeidirektor avancierten Leiter Künsberg. Die Unterstellung unter die GFP war vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) bestimmt worden und hatte den Vorteil, daß die Angehörigen des Sonderkommandos innerhalb der militärischen Hierarchie mit besonderen Befugnissen ausgestattet waren. So konnten sie Gebäude beschlagnahmen und damit kulturelle Werte aller Art in erster Linie vor dem Zugriff der Besetzten, aber auch vor deutschen Plünderungen sichern.

Das Sonderkommando Künsberg nahm mit einem Stab von 38 Sachbearbeitern und 75 Fahrern der Waffen-SS am Westfeldzug teil. An der vordersten Spitze der Truppen marschierten sie in Den Haag, Brüssel und Paris ein, um dort die feindlichen Außenministerien und diplomatischen bzw. konsularischen Vertretungen zu besetzen. Doch über den eigentlichen Auftrag hinaus befahl Künsberg seinen Mitarbeitern, in Frankreich auch die Akten der politischen Parteien, der Logen und Pressebüros sowie verschiedener jüdischer Privatpersonen zu beschlagnahmen¹³.

Mit dem Aufbau der Militärverwaltung in Frankreich setzte Außenminister von Ribbentrop seinen langjährigen Frankreich-Referenten Otto Abetz¹⁴ zunächst als

¹⁰ Vgl. PA/AA, R 27524, Polen. Sowohl Künsberg als auch der Schirmherr des Jagdmuseums in München, Präsident Christian Weber, waren in der Reichsorganisation „Das braune Band in Deutschland“ organisiert.

¹¹ Vgl. BA-MA, RS 4/57, Aufstellung der Dienstreisen vom 10.8. 1942, „die nicht im Zusammenhang mit den Aufgaben des von ihm geführten Sonderkommandos des Auswärtigen Amtes gestanden haben“.

¹² Ein offizielles Gründungsdatum gibt es nicht. Künsberg hat in zahlreichen Rückblicken die Entstehung des Sonderkommandos auf den ersten Auftrag in Polen zurückgeführt, doch scheint sich das Sonderkommando erst im Westfeldzug institutionalisiert zu haben. Zur Organisationsstruktur der Geheimen Feldpolizei vgl. Klaus Gessner, Geheime Feldpolizei. Die ‚Gestapo der Wehrmacht‘, in: Gerhard Paul/ Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 492–507.

¹³ Vgl. PA/AA, R 27532, Telegramm vom 18.6. 1940.

¹⁴ Otto Abetz, geb. 26.3. 1903, 1935 Frankreich-Referent in der Dienststelle Ribbentrop, 1938

Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Frankreich ein. Abetz war für alle Aufgaben im Bereich Kulturpolitik und Propaganda zuständig. Mit seiner Ernennung zum Deutschen Botschafter in Paris im August 1940 wurde ihm Künsberg zur „kommissarischen Beschäftigung“ zugeteilt¹⁵. Künsberg war persönlich dafür verantwortlich, private jüdische Kunstsammlungen und Logenbesitz sicherzustellen.¹⁶ Zusammen mit Robert Schmidt, dem Direktor des Kunstgewerbemuseums in Berlin¹⁷, suchte das Sonderkommando Künsberg im Auftrag des Reichsaußenministers verschiedene Schlösser im unbesetzten Frankreich auf, um dort die ausgelagerten Kulturgüter aus dem Louvre und anderen staatlichen Museen zu sichten und nach Paris zurückzutransportieren. Bei der Durchsuchung der französischen Schlösser wurden sie mehrfach von konkurrierenden Einheiten, vor allem dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, gestört. Die Vorgehensweise des Sonderkommandos wurde vom Militärbefehlshaber Frankreich und dessen Vorgesetztem, dem Oberkommando des Heeres (OKH), strikt abgelehnt. Mit der Beschlagnahme französischen Kulturgutes hatte Abetz direkt in den Aufgabenbereich des militärischen Kunstschutzes unter der Leitung von Franz Graf Wolff Metternich eingegriffen, der grundsätzlich die Linie vertrat, bis zum Friedensvertrag mit Frankreich alle staatlichen Kulturgüter erst einmal an Ort und Stelle zu belassen. Auch Rosenberg war nicht erfreut über die Einmischung in seine ureigensten politischen Bereiche, die Erforschung und Verfolgung „jüdischer und bolschewistischer Organisationen“. Aufgrund der zahlreichen Proteste seitens des OKH und Rosenbergs verzichtete Ribbentrop am 16. Oktober 1940 auf eine weitere Beschlagnahme von jüdischem Kunstbesitz. Ein Großteil der in der deutschen Botschaft in Paris gelagerten Kunstwerke aus jüdischem Besitz mußte daraufhin Rosenberg übergeben werden¹⁸.

Seit dem Westfeldzug nahm das Sonderkommando Künsberg nun regulär an allen Feldzügen teil, um die Beschlagnahme von primär außenpolitischen Akten für das Auswärtige Amt zu sichern. Für das Auswärtige Amt waren diese beschlagnahmten Akten von hohem Wert: sie verschafften eine ungefilterte Information, mit ihnen konnte man Staaten (oder Personen) unter Druck setzen, und schließlich konnte man diese Beute propagandistisch ausschlachten. Wie bei den „Weißbüchern“ zum

Hauptreferent West in der Dienststelle Ribbentrop, 1940–1944 Botschafter in Paris. Vgl. Döscher, *Das Auswärtige Amt*.

¹⁵ PA/AA, R 27579, Kunstgegenstände 1940–1941. Auftrag an Künsberg am 10.7. 1940.

¹⁶ Vgl. dazu BA-MA, RS 4/1505. Die Reise dauerte vom 3.8.–27.8. 1940. Dabei handelte es sich offiziell um eine Reise im direkten Auftrag des AA, nicht aber um eine Aktion des Sonderkommandos Künsberg.

¹⁷ Vgl. PA/AA, R 27592, Reisekostenabrechnung für den Zeitraum vom 8.8.–6.9. 1940. Vgl. auch PA/AA, R 27579, Postkarte von R. Schmidt mit dem Angebot, die französischen Kunstschätze im Keller des Schlossmuseums zu verwahren. Ob dieses Angebot wahrgenommen wurde, konnte nicht festgestellt werden.

¹⁸ Vgl. hierzu Hans Umbreit, *Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944*, Boppard a. Rh. 1968, S. 184 ff.; Walter Bargatzky, *Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich*, Freiburg i. Br. 1987, S. 64 ff. Der Kunstraub der Nationalsozialisten in Frankreich ist nicht Thema dieses Artikels. Zum Kunstraub in Frankreich vgl. Nicholas, *Raub der Europa*, S. 158–246.

Ersten Weltkrieg sollten Dokumentensammlungen erstellt werden, um die eigentliche „Kriegsschuld“ der feindlichen Staaten zu beweisen. Akten über militärische Bündnisse und bilaterale Geheimverträge waren dabei ebenso willkommen wie Akten über die ideologische Schulung der Roten Armee oder den angeblich jüdischen Einfluß auf die französische Politik. Im Zuge des totalen Kriegs sollte der Gegner nicht nur militärisch niedergerungen, sondern auch in seiner ideologischen Motivation erkannt und gebrochen werden. Die „politische Kriegführung“ wollte damit auf ihrem Gebiet leisten, was der „politische Soldat“ im Feld und der Akademiker im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ leistete: einen Beitrag zur totalen Kriegführung.

Dieser grundsätzliche Auftrag, der weniger an die Person Ribbentrops gebunden war als vielmehr an den Apparat des Auswärtigen Amtes, wurde in bestimmten besetzten Ländern erweitert. Diese Erweiterungen des Auftrages und der Kompetenzen, wie sie etwa in Frankreich versucht würden, gingen freilich meist auf die persönlichen Wünsche Ribbentrops zurück. So wurde in der Vorbereitungsphase zur „Operation Seelöwe“ eine Beschlagnahmeliste der Museen und jüdischen Privatsammlungen in England erstellt. Sie enthielt die Privatsammlungen von vier Mitgliedern der Familie Rothschild, von Sir Philip Sassoon, vom Kunsthändler Sir Joseph Duveen u. a. Der Liste wurde ein vertraulicher Bericht über die adligen Privatsammlungen und kleineren öffentlichen Sammlungen auf dem Lande beigelegt¹⁹. Sogar eine Liste englischer Vollblutpferde²⁰ wurde mit überreicht, denn Ribbentrop war ein leidenschaftlicher Reiter und Jäger. Künsberg war denn auch 1940 bei der Beschlagnahme und Überführung von Lipizzanerpferden aus Belgrad und Athen behilflich²¹.

Künsberg hatte während des „Blitzkrieges“ im Westen die Erfahrung gemacht, daß sein Erfolg nur dann gewährleistet war, wenn seine Gruppe äußerst schnell und beweglich war. Gerade in Frankreich hatte er den starken Konkurrenzdruck gespürt, der von den zahlreichen anderen „Beuteorganisationen“ ausging. Diesem Druck konnte er entgehen, wenn er schneller als diese Organisationen vor Ort war. Da er ebenfalls davon ausging, daß auch die Sowjetunion in einem Blitzkrieg erobert werden würde, legte er großen Wert auf die Mobilität seiner Truppe. Ziel seiner Umstrukturierung des Sonderkommandos vor dem Angriff auf die Sowjetunion war die Bildung einer militärisch organisierten Truppe. Der Anteil an Sachbearbeitern wurde klein gehalten, um eine schwerfällige Verwaltung zu verhindern, die Ausstattung mit Personal und Fahrzeugen war aber ausreichend, um eine perfekte Logistik zu gewährleisten. Damit setzte sich sein Konzept deutlich ab von den Konzepten Rosenbergs, der eine große lokale Zivilverwaltung aufzubauen suchte, die von seinem Einsatzstab mit Materialien zur Erforschung der politischen Gegner versorgt wurde. Das Ziel Rosenbergs bei der Beschlagnahme von osteuropäischem Material war

¹⁹ Vgl. PA/AA, R 27 559 und 27 580.

²⁰ Vgl. PA/AA, R 27 573, Liste mit Datum vom November 1940.

²¹ Vgl. PA/AA, R 27 532.

also nicht der möglichst schnelle Abtransport in das „Altreich“, sondern seine rasche Einbindung und Umsetzung in die politische Arbeit der Zivilverwaltung²².

Künsberg war klar, daß er diese Mobilität nur erreichen konnte, wenn er sich mit der Wehrmacht arrangierte. Nur dann konnte er seine Aktionen mitten im Operationsgebiet durchführen. In zahlreichen Aktenvermerken wies er darauf hin, daß das Sonderkommando ohne diese militärische Anerkennung nicht einmal Zutritt zum Operationsgebiet bekommen könne²³. Überdies konnte eine Absprache mit dem Oberkommando des Heeres verhindern, daß das Sonderkommando erneut in Kompetenzstreitigkeiten mit der Militärverwaltung geriet, wie dies in Frankreich der Fall gewesen war.

Dennoch wollte Künsberg sein Sonderkommando nicht in das Heer, sondern bezeichnenderweise in die Waffen-SS eingliedern. Im Januar 1941 bat er hierfür Ribbentrop schriftlich um Erlaubnis²⁴. Die Übernahme wurde von Künsberg damit begründet, daß man den Anschluß an die Truppe brauche, nicht nur, um schneller zu sein, sondern auch, um die nötige Logistik zu sichern. Dabei sei die politische Unabhängigkeit nach wie vor gewährleistet. Nachdem Ribbentrop den Vorschlag gebilligt hatte, unterbreitete Künsberg seinen Plan Reichsführer SS Heinrich Himmler. Während dieser zunächst ablehnte, war SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich offensichtlich sehr bemüht, das Sonderkommando in seine Hand zu bekommen. Ein solches Unterstellungsverhältnis wurde allerdings vom Reichsaußenminister kategorisch abgelehnt, so daß die Verhandlungen monatelang ins Stocken gerieten²⁵.

Unterdessen verhandelte Künsberg mit dem Oberkommando des Heeres in einer Besprechung am 15. März 1941 über seine künftige Aufgabenstellung. In diesem Gespräch kritisierte der Oberbefehlshaber des Heeres West, Gerd von Rundstedt, die Beschlagnahme von Kunstwerken durch das Sonderkommando im besetzten Frankreich. Künsberg konnte den Anwesenden zwar deutlich machen, daß seine Beschlagnahmungen politischen Materials kriegswichtig waren, nicht aber seine Beschlagnahmungen von Kunstgegenständen. Künsberg mußte daher mündlich und schriftlich zusichern, daß er in Zukunft keine Kulturgüter mehr beschlagnahmen würde – eine Abmachung, die auch im Hinblick auf den Angriff auf die Sowjetunion getroffen wurde. Insofern hatten nicht nur Künsberg, sondern auch das OKH Konsequenzen aus dem Westfeldzug gezogen²⁶.

Die Heeresführung war bereit, das Sonderkommando Künsberg als militärische Einheit zu akzeptieren, wollte es aber nicht in das reguläre Heer eingliedern. Die Gründe für diese teilweise Ablehnung sind leider nicht belegt. Admiral Wilhelm Ca-

²² Inwieweit diese Konzepte Rosenbergs in die Praxis umgesetzt wurden, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

²³ Vgl. dazu PA/AA, R 27574, Vermerk vom 12.3. 1941, Künsberg an Legationsrat Kramarz.

²⁴ Vgl. PA/AA, R27574. Das Schreiben selbst ist nicht auffindbar. In einer Notiz wird von Künsberg Bezug genommen auf sein Schreiben vom 2.1. 1941, mit grünem „Ja“ des Reichsaußenministers vom 8.1. 1941.

²⁵ Vgl. PA/AA, R27575, Vortragsnotiz von Künsberg, o. D.

²⁶ Vgl. PA/AA, R27574.

naris meinte im März 1941, daß das Sonderkommando durch seine spezifische Aufgabenstellung nicht so recht in der Geheimen Feldpolizei verankert werden könne. Da der Aufgabenbereich des Sonderkommandos aber ähnliche Züge trug wie der der Abwehr, beschloß Canaris, es beim Feindnachrichtendienst, also in derselben Abteilung des OKW zu belassen wie bisher²⁷. Bereits in dieser Sitzung wurde vereinbart, daß einzelne Führer des Sonderkommandos die Befugnisse der Geheimen Feldpolizei beibehalten dürften. Canaris stellte aber die Bedingung, daß die Aufgabenbereiche der einzelnen Abwehrstellen in einer weiteren Sitzung voneinander abgegrenzt werden müßten. Diese Sitzung fand am 21. März 1941 in Anwesenheit aller Abwehrstellen statt. Man kam zu dem Ergebnis, daß der SD für die militärischen und geheimdienstlichen Akten zuständig sein sollte. Darunter verstand man vor allem die Paßstellen, die Büros der Militärattachés, Konsulate und Privatwohnungen. Das Sonderkommando dagegen sollte sich auf das außenpolitische Material beschränken²⁸.

In einem Befehl des OKH vom 11. Juni 1941, gezeichnet vom Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Franz Halder, wurde der Aufgabenbereich des Sonderkommandos in diesem Sinne festgelegt und sowohl gegenüber der militärischen Abwehr als auch gegenüber dem SD abgegrenzt. Demzufolge war nur das Sonderkommando zur Beschlagnehmung der Akten des Außenministeriums, der Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate berechtigt. Der Auftrag zur Sicherstellung dieses Materials konnte nur vom Außenminister gegeben werden. Das Sonderkommando selbst wurde als Einheit des Feindnachrichtendienstes anerkannt²⁹.

Organisatorisch wurde das Sonderkommando jedoch mit Wirkung vom 1. August 1941 in die Waffen-SS eingegliedert. Es wurde dem Führungshauptamt der SS direkt unterstellt, behielt aber seine volle Selbständigkeit³⁰. Gleichzeitig behielten die Führer des Sonderkommandos ihre Befugnisse als Angehörige der Geheimen Feldpolizei, die sie seit dem Frankreich-Feldzug inne hatten. Das Führen von GFP-Ausweisen fand mit ausdrücklicher Genehmigung des Heeresfeldpolizeichefs statt³¹.

Damit befand sich das Sonderkommando in geradezu grotesker, wenn auch bezeichnender Weise im Schnittpunkt der Kompetenzen. Als Einheit der Waffen-SS unterstand es in militärischen Dingen der Weisung des SS-Führungshauptamtes, als

²⁷ Zum Raub von Archiven und Bibliotheken durch den SD, darunter auch das Sonderkommando, vgl. Horst Kießmehl, Kriegswichtige Zielobjekte – Akten, Archive, Bibliotheken, in: Burchard Brentjes (Hrsg.), *Wissenschaft unter dem NS-Regime*, Berlin/Bonn 1992, S. 132–155.

²⁸ PA/AA, R 27574, Telegramm 297 vom 10. 5. 1941.

²⁹ Befehl OKH GenStdH O. QU. B, Nr. 200/41, Geheime Kommandosache. Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Berlin, Bestand Sekretariat des Ministers (künftig: Der Bundesbeauftragte), Nr. 940.

³⁰ Vgl. PA/AA, R 27574, Vortragsnotiz vom 21. 8. 1941 für Ribbentrop: „Die absolute Selbständigkeit des Sonderkommandos bei der Durchführung seines politischen Auftrages ist in jeder Weise gewährleistet.“

³¹ Vgl. PA/AA, R 27575. Diese Genehmigung wurde am 18. 3. 1942 dem Sonderkommando vom OKH wieder entzogen.

Feindnachrichtendienst aber der Abteilung Abwehr des OKW. Zugleich waren einige Leiter der Sonderkommandos, zumindest zu Beginn dieses Feldzuges, Angehörige der Geheimen Feldpolizei. Die Anweisung zur Beschlagnahmung von politischem Material konnte aber ausschließlich vom Reichsaußenminister gegeben werden, wenn sich das Sonderkommando dabei auch an seine Absprachen mit der Abwehr zu halten hatte.

Bei Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion bestand das Sonderkommando aus einem Stab und drei sog. Einsatzkommandos. Jedes Einsatzkommando wurde einer der drei Heeresgruppen zugeordnet und bestand aus je 95 Mann. Eine Nachschubkolonne, eine Instandsetzungsstaffel, Funk- und Fernsprengeräte und immerhin 93 Fahrzeuge sorgten für die Logistik. Bis auf einige wenige Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes waren alle Angehörigen zur Waffen-SS einberufen. Insgesamt hatte das Unternehmen eine Sollstärke von 360 Mann³². Damit hatte es den höchsten Personalstand seit Beginn seiner Tätigkeit erreicht. Künsberg selbst übernahm die Koordinierung der drei Einsatzkommandos von Berlin aus³³.

Die Kosten des Unternehmens wurden, mit Ausnahme des Wehresoldes, aus dem Kriegskostenfond des Auswärtigen Amtes bestritten, von Oktober 1940 bis September 1942 betrugen sie 745 000 RM³⁴.

Von Anfang an wurde das Sonderkommando Künsberg angehalten, engsten Kontakt mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes (VAA) bei den verschiedenen Armeeoberkommandos (AOK) zu halten. Jeder dieser Vertreter war berechtigt und aufgefordert, Materialien und Gebäude bis zur Ankunft des Sonderkommandos zu beschlagnahmen, die für das Auswärtige Amt von Interesse sein könnten. Somit spielten die VAAs eine wichtige Rolle als Informanten in denjenigen Gebieten, in denen das Sonderkommando gerade nicht präsent war. Außerdem konnten sie im Falle von Kompetenzstreitigkeiten mit den militärischen Dienststellen vermitteln, da sie in der Regel den besseren Kontakt zu den militärischen Stäben besaßen³⁵.

Das Ziel aller drei Einsatzkommandos³⁶ war es, mit den ersten Truppen Moskau und Leningrad zu erreichen. Für den Einmarsch in Moskau wurden umfangreiche Listen erstellt, welche Objekte in welcher Reihenfolge sicherzustellen seien. In einer handschriftlichen Liste stand an oberster Stelle der Kreml. Es folgten das Außenmi-

³² Vgl. ebenda, Aufstellung von Künsberg am 30.1. 1942. Die Iststärke wird mit 339 Mann angegeben.

³³ Künsberg beschlagnahmte in Berlin auch einen Teil der Akten der sowjetischen Botschaft und der Handelsvertretungen. Vgl. PA/AA, R 27 553.

³⁴ Vgl. BA-MA, RS 4/57.

³⁵ Vgl. PA/AA, 27 554, Telegramm von Künsberg an Einsatzkommando Stettin, 9.7. 1941.

³⁶ Ein besonderer Nutznießer des Sonderkommandos war der im Juli/August 1940 eingerichtete Geographische Dienst des Auswärtigen Amtes (Abteilung D VII), der je einen Beauftragten für den Stab und die drei Einsatzkommandos zur Verfügung stellte. Gleichwohl wurde die Zusammenarbeit permanent belastet vom Konflikt zwischen Künsberg und dem Leiter der Abteilung Deutschland, Unterstaatssekretär Martin Luther, dem der Geographische Dienst unterstellt war. Vgl. PA/AA, R 27 632, P. 283 ff.

nisterium, das Kriegskommissariat und das Innenkommissariat. An fünfter Stelle rangierte interessanter Weise die britische Botschaft, dann folgten verschiedene Gebäude und Privatwohnungen der deutschen Botschaft bzw. ihrer Mitarbeiter. Selbstverständlich sollten auch die Akten der Gesandtschaften und Botschaften der Feindstaaten sichergestellt werden³⁷.

In Warschau wurde eine Auffangstelle für die erbeuteten Akten und Karten errichtet, die von Rittmeister von Hoffmann-Ostenhof geleitet wurde. Dort wurden die Materialien gesichtet und verteilt. Ab Oktober 1941 wurde diese Auffangstelle nach Berlin verlegt, wo eine Sichtungsstelle im Preußischen Geheimen Staatsarchiv eingerichtet wurde, welche die eingehenden Bestände ordnete und verschiedene interessierte Dienststellen mit Material versorgte³⁸.

Einsatzkommando Stettin bzw. Hamburg

Das Einsatzkommando Stettin wurde der Heeresgruppe Nord zugeteilt. Unter der Leitung von Dr. Karl Segler schloß sich das Einsatzkommando der Panzergruppe 4 an, um auf dem schnellsten Weg Leningrad zu erreichen. Daher umging das Einsatzkommando Kowno und Wilna und beschränkte sich darauf, durch kurze Abstecher in diese ehemals baltischen Städte das wichtigste Material sicherzustellen. So gelang es dem Einsatzkommando, in Kowno einige Wirtschaftsakten des belgischen Konsulates und die Akten der ehemaligen polnischen Abteilung der englischen Gesandtschaft zu beschlagnahmen. Vom Vertreter des Auswärtigen Amtes Frauenfeld³⁹ erfuhr man, daß sich am Stadtrand von Kowno das Kloster Pazaislis befand, in dem Teile des Zentralen Litauischen Staatsarchivs (Centralinis Valstybes Archyvs) ausgelagert worden waren. Der wichtigste Teil des Archivs, die geheime Abteilung mit Akten des Kriegs- und Innenministeriums sowie dem Informations- und Spionagedienst Litauens, war aber in einer Privatwohnung versteckt. Aufgrund des Zeitdrucks wurden beide Archivdepots zunächst nur versiegelt.

Die Strategie des Einsatzkommandos Stettin, sich hauptsächlich auf Leningrad zu konzentrieren, stieß in der Berliner Zentrale auf herbe Kritik. Als der Leiter des Einsatzkommandos in eine andere Einheit versetzt wurde, nutzte Künsberg die Gelegenheit, um das Einsatzkommando umzustrukturieren. Mit Wirkung vom 15. Juli 1941 wurde Prof. Dr. Haubold der neue Leiter des Einsatzkommandos, das nun den Decknamen Hamburg erhielt⁴⁰. Eine wichtige Position nahm der Baltendeutsche

³⁷ Vgl. PA/AA, R 27556.

³⁸ Am 10.5. 1942 wurde erneut eine solche Zwischenstelle unter der Leitung von Hoffmann-Ostenhof in Kiew eingerichtet. Vgl. PA/AA, R 27557.

³⁹ Frauenfeld war Vertreter des Auswärtigen Amtes beim AOK 16.

⁴⁰ Haubold, geb. 2.10. 1905. Von 1933–1938 beim Reichsgesundheitsamt Berlin in der Krebsforschung und internationalen Seuchenbekämpfung. Ab 1936 Mitarbeiter der Reichsärztekammer, dort zum Leiter der Auslandsabteilung befördert. In der NSDAP seit 1934, in der SS seit 1939. Ab 1.11. 1940 für das Sonderkommando Künsberg tätig. Nach 1945 wurde gegen Haubold wegen medizinischer Versuche an Juden mit Todesfolge ermittelt. Das Verfahren wurde wegen des Todes des Beklagten am 19.9. 1968 eingestellt.

Dr. Jürgen von Hehn ein, der für den Geographischen Dienst im Einsatz war⁴¹. Er wurde beauftragt, alles litauische und russische Kartenmaterial für den Geographischen Dienst sicherzustellen. Haubold bildete erneut zwei kleine Trupps, die in Kowno, Riga und Wilna nach einschlägigem Material suchen sollten. Die Archivbestände im Kloster Pazaislis bei Kowno wurden noch einmal gesichtet. Dabei stellte sich heraus, daß die meisten Akten nur bis zum Zeitpunkt der sowjetischen Besetzung Litauens reichten, alle späteren Vorgänge wurden zentral in Moskau archiviert. In Kowno wurden ferner die Akten der Konsulate der Feindmächte sowie Kartenmaterial in der Universitätsbibliothek beschlagnahmt.

Am 16. Juli 1941 flog das Einsatzkommando weiter nach Riga, wo die Akten des lettischen Außenministeriums beschlagnahmt und das Präsidentenpalais und die sowjetische Gesandtschaft durchsucht wurden. Da das Sonderkommando auch in Riga verspätet eintraf, konnte hier nur wenig gefunden werden.

Auch wenn Künsberg und Haubold mit der Umstrukturierung klar gemacht hatten, daß sie auch eine Durchforschung der baltischen Staaten für wichtig erachteten, so war natürlich die oberste Priorität immer noch die Einnahme von Leningrad⁴². Hehn, der eigentlich für den Geographischen Dienst zuständig war, wurde am 23. Juli 1941 von Künsberg schriftlich angewiesen, folgende Objekte unbedingt „sicherzustellen“: „Das russische Außenministerium und seine Archive, das russische Seehandelskommissariat, das Deutsche Generalkonsulat, die Konsulate der Feindstaaten und die Kunstschätze der Ermitage.“⁴³ Dieser Auftrag wurde mit Telegramm vom 31. Juli 1941 noch erweitert. Künsberg befahl, in Leningrad die erste kartographische Fabrik der Sowjetunion, die russische geographische Gesellschaft und das geographische Institut zu besetzen⁴⁴.

Der Auftrag an den Sonderführer von Hehn, auch Kunstwerke abzutransportieren, stand in direktem Widerspruch zur Absprache Künsbergs mit dem Oberkommando des Heeres. Dieser Auftrag ging offensichtlich auf eine Weisung Ribbentrops an Künsberg am 9. und 12. Juli 1941 zurück. Darin hatte Ribbentrop gefordert, auch die Kunstschätze in Moskau und Leningrad einzubeziehen. Künsberg gab diese Anweisung an Hehn weiter, wies aber wiederholt darauf hin, daß er vom OKH die Weisung habe, sich bei seinen Beschlagnahmungen auf außenpolitisch relevantes Material

⁴¹ Vgl. PA/AA, R 27554. Hehn war von Künsberg bereits am 9.7. 1941 für diesen Aufgabenbereich abgestellt worden. Er versorgte als ehemaliger Angestellter die Publikationsstelle Berlin-Dahlem laufend mit Informationen über das beschlagnahmte Material in der Sowjetunion. Vgl. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 153/1127, Schreiben Hehns an Papritz vom 31.7. 1941. Zur Tätigkeit Hehns nach der Auflösung des Sonderkommandos vgl. Michael Burleigh, *Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988, S.244, und Kißmehl, *Kriegswichtige Zielobjekte*, S. 149ff.

⁴² Vgl. PA/AA, R 27554, Kommandobefehl vom 14.7. 1941. Dort wurde unter Punkt 10 noch einmal ausdrücklich festgestellt: „Das Endziel der Einsatzgruppe ‚Hamburg‘ ist Leningrad.“

⁴³ Vgl. ebenda, Bericht vom 25.7. 1941.

⁴⁴ Vgl. ebenda, Telegramm Nr.9 vom 31.7. 1941, Künsberg an Sonderführer von Hehn. Diese Anweisung ging auf eine Anregung Wilfried Krallerts zurück. Vgl. ebenda, Telegramm Nr.14 vom 30.7. 1941, Krallert (Kiew) an Künsberg.

zu beschränken. Er führte weiter aus: „Zur Sicherstellung von Kunstwerken wird das Sonderkommando jedoch die Genehmigung vom OKH niemals erhalten, vielmehr ist die strenge Abgrenzung der Zuständigkeit des Kommandos gerade deshalb erfolgt, weil seinerzeit in Frankreich mit Hilfe des Sonderkommandos Kunstschätze sichergestellt wurden und dies ausdrücklich für die Zukunft verhindert werden sollte.“⁴⁵ Ribbentrop nahm daraufhin seine Forderung zurück und wies Künsberg am 9. August 1941 an, sich auf die zugewiesenen Aufgaben, „wie sie auch vor dem russischen Feldzug in der bekannten Sitzung beim OKH festgestellt wurden,“ zu beschränken⁴⁶.

Auf dem Weg nach Reval durchsuchte das Sonderkommando auch Wilna, Libau, Mitau, Volmar, Narwa und Dorpat. In diesen Städten fand es aber hauptsächlich sowjetische Propagandaliteratur und Volkstumskarten. Am 28. August 1941 rückte es gemeinsam mit der 61. Infanteriedivision in Reval ein. Dort wurden Dokumente im Schloß der Stadt entdeckt, die aus dem estnischen Außenministerium stammten, unter anderem der russisch-estnische Flottenvertrag vom 11. Oktober 1939 mit allen Geheimklauseln und zahlreiche andere politische Akten der Jahre 1932 bis 1939⁴⁷. Ebenso wurden der sowjetische Stab, das Topographische Institut, der Kriegshafen, die Funkstation auf der Halbinsel Kopli und das Statistische Amt durchsucht und zahlreiche Karten gefunden.

Insgesamt wurden von dem Einsatzkommando Stettin bzw. Hamburg in den baltischen Staaten etwa 15 000 Generalstabskarten, Landkarten, Katasterkarten, Seekarten und mehr als sechs LKW-Ladungen Akten abtransportiert⁴⁸. Dieses Material wurde in die ehemalige deutsche Gesandtschaft von Riga gebracht, wo sich das Einsatzkommando einen vorübergehenden Stützpunkt eingerichtet hatte. Am 28. September 1941 erreichte das Einsatzkommando dann das Gebiet unmittelbar vor Leningrad. Dabei mußte es feststellen, daß alle Zarenschlösser vor Leningrad bereits ausgeräumt, zum Teil auch ausgebrannt waren. Trotzdem fand das Einsatzkommando im Alexanderschloß in Puschkin (Zarskoje Selo) noch die Privatbibliothek des letzten Zaren Nikolaus fast vollständig vor. Die Bibliothek umfaßte 10 000 Bände aus der Zeit des 18. bis 20. Jahrhunderts. Es handelte sich um eine der typischen Adelsbibliotheken mit deutscher, französischer, englischer und russischer Literatur, historischen und kunsthistorischen Werken sowie Reisebeschreibungen. Besonders interessant für das Einsatzkommando war auch die vollständige Sammlung russischer Gesetze und Verordnungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

⁴⁵ Vgl. PA/AA, R 27556, Vermerk vom 30.7. 1941.

⁴⁶ Vgl. PA/AA, R 27579, Kunstgegenstände 1940–1941.

⁴⁷ Die Akten des estnischen Außenministeriums wurden 1942 der Archivkommission des AA übergeben. Vgl. Der Bundesbeauftragte Nr. 940, Proben der vom Sonderkommando-AA im Rußland-Einsatz sichergestellten Bestände. (Aus der Dokumentensammlung des Staatssicherheitsdienstes der DDR zum Kunstraub der Nationalsozialisten in der Sowjetunion, undatiert, vermutlich nach 1980 angelegt.)

⁴⁸ Einzelaufstellung der in den baltischen Staaten beschlagnahmten Akten. Vgl. PA/AA, R 27 003 (Druckstück Nr. 26 von 1941).

Auch im Schloß Gadschina (Krasnogwardeisk) fand das Einsatzkommando Reste einer Bibliothek, die dort auf dem Fußboden aufgeschichtet worden war. Von den 30 000 Bänden, die in ihren Schwerpunkten ähnlich wie die Bibliothek im Alexander-schloß war, entnahm das Einsatzkommando nur 16 000 Bände. Im Schloß Pawlowsk (Sluzk) wurde, ebenfalls auf dem Boden aufgestapelt, eine Bibliothek mit ca. 11 500 Bänden gefunden. Alle drei Bibliotheken, also insgesamt 37 500 Bände, wurden nach Siwerskaja verladen, um dort gesichtet und für den Weitertransport nach Reval, dem damaligen Stützpunkt des Einsatzkommandos, verpackt zu werden⁴⁹.

Das Einsatzkommando Nürnberg

Das Einsatzkommando Nürnberg unter der Leitung von Dr. Bernhard Nitsch⁵⁰ wurde der Heeresgruppe Mitte zugeteilt mit dem Ziel, Moskau zu erreichen. Im Juli 1941 wurden dem Einsatzkommando noch Sonderführer Paulsen für die Beschlagnahme geographischen Materials und der Sonderführer Schönborn für die Belange der Archivkommission zugeteilt. Das Einsatzkommando hielt sich überwiegend im weißrussischen Raum auf, wo es seine eigentliche Aufgabe, die Beschlagnahme außenpolitischer Akten, kaum erfüllen konnte. Dafür gelang es dem Einsatzkommando, in Kobryn das Kartenlager der 4. russischen Armee aufzuspüren. Am 3. Juli 1941 wurden drei Kisten mit ca. fünf Zentnern Kartenmaterial nach Berlin abtransportiert.

In Minsk waren von den Sowjets alle politischen Akten entweder abtransportiert oder verbrannt worden. Es konnte lediglich eine geheime Akte über die sowjetische Luftwaffe aus dem Stabsgebäude des Weißrussischen Militärbezirks geborgen und an die deutsche Luftwaffenführung weitergeleitet werden. Wenige Tage später erreichte ein Vorkommando des Einsatzkommandos Smolensk. Auch dort konnte kein Aktenmaterial gefunden werden, da die Sowjets einen Großteil nach Osten verlagert hatten. Für die Informationsabteilung des Auswärtigen Amts und den Geographischen Dienst wurden lediglich Zeitungen, die nach dem 22. Juni 1941 erschienen waren, sichergestellt, außerdem Karten, Maueranschläge, Wirtschaftsstatistiken⁵¹.

Das Einsatzkommando Potsdam

Das Einsatzkommando Potsdam unter der Leitung von Valentin Patzak schloß sich schließlich der Heeresgruppe Süd an. Seine Aufgabe bestand darin, die politischen Akten in der Ukraine sicherzustellen⁵². Dazu gehörten als erstes Ziel die Akten des sowjetischen Gouverneurs in Lemberg. Man erhoffte sich von ihnen Aufschlüsse

⁴⁹ Vgl. PA/AA, R 27 576, Bericht an Dörnberg vom 24. 12. 1941. Vgl. auch die Aufstellung der russischen Beutebestände in Berlin, in: PA/AA, R 27 558.

⁵⁰ Dr. Bernhard Nitsch, geb. 13. 2. 1901, von Beruf Versicherungsdirektor.

⁵¹ Zur Tätigkeit des Einsatzkommandos Nürnberg vgl. PA/AA, R 27 555.

⁵² Zur Plünderung von Kulturgut in der Ukraine vgl. Patricia Kennedy Grimsted, *The Fate of Ukrainian Cultural Treasures during World War II: The Plunder of Archives, Libraries, and Museums under the Third Reich*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 39 (1991), S. 53–80. Die Autorin erwähnt die Akten des Sonderkommandos im Politischen Archiv des AA, wertet sie aber nicht aus.

über die sowjetische Verwaltung im ehemaligen Polen⁵³. Ebenfalls erhielt das Einsatzkommando den Auftrag, in Charkow nach den Akten der aus Kiew geflüchteten Regierung zu fahnden.

In Lemberg konnten indes wider Erwarten keine außenpolitischen Akten gefunden werden, da die Sowjets im September 1939 alle Konsulate geschlossen hatten. Doch wurden 12 000 Flugschriften neben weiterem Propagandamaterial entdeckt, darunter die Reden Stalins, Lenins und Woroschilows. Als besonders wertvoll erwies sich die Bibliothek des Ossolineums, die vom Grafen Ossolinski 1827 gegründet und im Zuge der Sowjetisierung Lembergs neu strukturiert worden war. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde das Ossolineum der Sammelpunkt für die von den Sowjets in Ostpolen beschlagnahmten Privatbibliotheken, so daß sich dort Zehntausende von beschlagnahmten, aber nicht inventarisierten Büchern befanden⁵⁴.

Wenig später rückte das Einsatzkommando über Tarnopol nach Kiew vor. In Kiew wurde zweifellos die gewaltigste Menge an „Beutegut“ in der gesamten Sowjetunion beschlagnahmt. Für den Geographischen Dienst wurden die geographischen, geologischen und karthographischen Forschungsinstitute der Universität und der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften geplündert, wo über drei Millionen Bände gesichtet wurden, von denen etwa 8000 Bände und 5000 Landkarten zum Abtransport ausgewählt wurden⁵⁵. Des Weiteren wurden medizinische Fachliteratur und Spezialliteratur zur Kautschukgewinnung gefunden. Auch in den staatlichen Gebäuden und beim NKWD wurde umfangreiches Kartenmaterial beschlagnahmt. In den militärischen Gebäuden konnten keine Akten, dafür aber wirtschaftsstatisches Material gefunden werden.

Im Lenin-Museum und im Marx-Engels-Lenin-Institut befand sich umfangreiches politisches Propagandamaterial, das vom Sonderkommando ebenso durchsucht wurde wie die Staatlich-Ukrainische Bibliothek, die unter anderem die frühere Bibliothek des Metropoliten Flavián mit etwa 120 000 Bänden enthielt⁵⁶. Einige wertvolle Bücher, etwa ein kirchenslawisches Missale von 1639, Perikopen in kirchenslawischer Sprache (Venedig, 1519) und die älteste ukrainische Grammatik von Pawlowski

⁵³ Vgl. PA/AA, R 27575, Telegramm vom 9.7. 1941.

⁵⁴ Vgl. Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), R 21/10616, Bericht des Bibliotheksschutzes, Dr. Gustav Abb. Nach diesem Bericht ist die Bibliothek von zahlreichen deutschen Organisationen immer wieder geplündert worden. Zu dem Ossolineum gehörte ursprünglich auch ein Museum, dessen Objekte aber bereits von den Sowjets auf andere Museen verteilt worden waren.

⁵⁵ Die Bibliothek der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften zählte 3–4 Millionen Bände. Die wertvollen Inkunabeln und Handschriften waren von den Sowjets bereits nach Ufa verbracht worden, sollten aber Gerüchten zufolge in Dnepropetrowsk liegen geblieben sein. Die Bibliothek verteilte sich auf mehrere Auslagerungsorte, darunter die Wladimir-Kathedrale und die Sophien-Kathedrale.

⁵⁶ Einige Bände dieser Bibliothek Flavián sowie weitere Beutebestände wurden über das Sonderkommando Künsberg der Publikationsstelle Berlin-Dahlem übereignet. 1947 wurde die Bibliothek der Publikationsstelle in die USA verbracht und 1964 dem Herder-Institut in Marburg übergeben. Im März 1994 fand eine Restitution der Bücher an die Ukraine statt (ca. 200 Bände). Liste der „Beutebücher“ im Herder-Institut liegt vor.

von 1816, wurden beschlagnahmt und nach Berlin verbracht, womit Künsberg wieder einmal seine Kompetenzen klar überschritten hatte⁵⁷. In Kiew befand sich auch eine historische Waffensammlung mit über 5000 Teilen, die zum Teil vom höheren SS- und Polizeiführer beschlagnahmt wurde, während 360 Waffen vom Einsatzkommando abtransportiert wurden⁵⁸. Eine Judaica-Sammlung mit etwa 60 000 Bänden, Zeitungen usw. wurde im Podolkloster in Kiew am 6. November 1941 beschlagnahmt, aber nicht abtransportiert. Im Januar 1942 wurde sie vor Ort Vertretern des Ostministeriums übergeben. Die Beute war so gewaltig, daß sie bis zum 10. November 1941 auf 370 Kisten bzw. 50 000 Bände anwuchs⁵⁹.

Am 17. Oktober 1941 erreichte ein kleines Suchkommando Odessa, wo es ebenfalls fündig wurde. Das Archiv des Fürsorgekomitees für das Rußlanddeutschtum, das Archiv der deutschen Kirche von Odessa, das deutsche Dorfarchiv und das Archiv der Ansiedlerkontore in Odessa, Bessarabien und Ekaterinoslav waren für die Abteilung Deutschland des Auswärtigen Amts von besonderem Interesse. Die Akten befanden sich im Kellerraum einer Kirche, die von den Rumänen besetzt und bewacht wurde. Das Einsatzkommando beschloß, die Akten gegen den Willen der Rumänen abzutransportieren, da Gerüchte aufkamen, daß die Rumänen diese Akten wegen der darin enthaltenen Eigentumsnachweise vernichten wollten. Während die rumänischen Soldaten am vorderen Eingang der Kirche Wache hielten, trugen die Mitarbeiter des Einsatzkommandos die Akten, immerhin 3500 Stück, durch ein Fenster auf der Rückseite der halb zerstörten Kirche hinaus und verbrachten sie zu ihrem Stützpunkt im deutschen Konsulat⁶⁰. Am 9. November 1941 erreichte das Kommando Jalta auf der Krim, wo unter anderem im Taurischen Zentralmuseum der Krim Reste einer anthropologischen Fotosammlung über die Krimgoten gefunden wurden⁶¹.

Der Beginn der sowjetischen Gegenoffensive am 5./6. Dezember 1941 brachte die deutsche Front in solche Bedrängnis, daß an eine Einnahme von Moskau und Leningrad vorläufig nicht mehr zu denken war. Künsberg zog daher das wissenschaftliche Personal seines Sonderkommandos zurück, das teilweise in seine alten Ressorts im Auswärtigen Amt zurückkehrte, teilweise mit der Sichtung des erbeuteten Materials in Berlin begann.

Mit dem Auslaufen der deutschen Offensive veränderte sich auch die Tätigkeit des Sonderkommandos Künsberg. Seine drei Einsatzkommandos wurden nur noch gezielt

⁵⁷ Vgl. Anm. 46.

⁵⁸ Vgl. PA/AA, R 27557, Aufstellung der nach Shitomir verschickten Waffen.

⁵⁹ Vgl. PA/AA, R 105 182, Bericht von Dr. Hans-Peter Kosack über seine Arbeit in Kiew vom 10. 11. 1941.

⁶⁰ Die Akten wurden im Dezember 1941 abtransportiert und 1942 der Sammlung Leibbrandt, Ministerium für die besetzten Ostgebiete, übergeben. Sie sind vermutlich bei einem Angriff auf Berlin am 19. 5. 1944 verbrannt. Vgl. PA/AA, R 100454, Korrespondenz des AA, D VIII mit Slg. Leibbrandt, 1942.

⁶¹ Vgl. BA-MA, RS 4/1500, „Gotische Typen bei den Krimtataren“, Pagina 282974–282982. Die Sammlung war von Dr. W. Lorenz aufgebaut worden, der seit 1933 als verschollen galt.

an bestimmten Orten eingesetzt. Aus Mangel an außenpolitischen Akten wurde nun alles geplündert, was Aufschluß über die sowjetischen Wirtschaftsunternehmen geben konnte. Mit dieser „Beute“ konnte Künsberg die zahlreichen Forschungsinstitute, die mit dem Sonderkommando in Kontakt standen, bedienen. Sein eigentlicher Auftraggeber, das Auswärtige Amt, war dagegen an diesem Material weniger interessiert. Es war Ausdruck dieser veränderten Situation, aber auch Folge der massiven Angriffe Rosenbergs, der am 14. Juli 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt worden war, wenn Künsberg sich nun zunehmend gegen interne Vorwürfe verteidigen mußte. Mit der Ablösung der militärischen durch die zivile Verwaltung gewann Rosenberg an Einfluß in den besetzten sowjetischen Gebieten und sorgte dafür, daß das Sonderkommando Künsberg dort nur noch unter erschwerten Bedingungen arbeiten konnte. So wies er beispielsweise den Reichskommissar für die Ukraine, Erich Koch, am 11. Februar 1942 an, dem Sonderkommando Künsberg jegliche Tätigkeit in seinem Bereich zu verbieten. Rosenberg unterstrich bei dieser Gelegenheit, „dass für die Sicherstellung von Kulturgütern im Bereich der Zivilverwaltung einzig und allein mein Einsatzstab für die besetzten Gebiete zuständig ist, der seine Arbeit im engsten Einvernehmen mit den Dienststellen der Zivilverwaltung durchführt. ... Aktionen anderer Kommandos oder Dienststellen sind unter allen Umständen zu unterbinden und zu verbieten. Ich bitte, in diesem Zusammenhang dem Sonderkommando des Auswärtigen Amtes (Kühnsberg) [sic!] jegliche Tätigkeit im Bereiche der Zivilverwaltung zu verbieten. Ich teile diese Massnahme gleichzeitig dem Auswärtigen Amt mit.“⁶² Tatsächlich entwarf er am selben Tag einen Brief an das Auswärtige Amt, in dem er trotz seiner Verärgerung über die Beschlagnahmung der Judaica-Bibliothek in Kiew ein Gespräch über eine mögliche Kompetenzabgrenzung anbot. Bereits am 20. Februar 1942 fand ein Gespräch zwischen je zwei Vertretern des Sonderkommandos und des Einsatzstabes Rosenbergs statt. Dabei behauptete Rosenberg seine alleinige Zuständigkeit für alle beschlagnahmten kulturellen Werte und forderte die Judaica-Sammlung und die Zarenbibliothek aus Zarskoje Selo zurück. Das Sonderkommando gab in dieser Frage nach, und man einigte sich auf eine engere Zusammenarbeit. Tatsächlich hat das Sonderkommando 1942 keine nennenswerten Beschlagnahmungen innerhalb des Reichskommissariates Ukraine durchgeführt.⁶³

Im Frühjahr 1942 wurde das Sonderkommando als geschlossene Einheit der „Leibstandarte Adolf Hitler“ zugeteilt. Das wissenschaftliche Personal des Sonderkommandos wurde auf Abruf gehalten für den Fall, daß doch noch Bewegung in das Frontgeschehen kommen würde. Dies geht etwa aus einem Einsatzbefehl des Kommandoamtes der Waffen-SS hervor, der am 31. Januar 1942 an das Sonderkommando erging:

„Antragsgemäß wird das Sonderkommando bis zur Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit im Rahmen des Feindnachrichtendienstes auf der Halbinsel Krim für

⁶² Dieser Brief befindet sich im Zentralen Staatsarchiv Kiew, Fond 3206, Opis 5, Nr. 8. Für die freundliche Überlassung einer Kopie dieses Schreibens danke ich der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

⁶³ PA/AA, R 105 185, Pagina 221 841–221 843.

folgende Aufgaben eingesetzt: Bekämpfung der Partisanen, Bewachung der Küste, Ausbildung der Tartaren. Die Beendigung dieses Einsatzes ist auf den Zeitpunkt festgesetzt, den der Herr Reichsminister des Auswärtigen für die Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit des Sonderkommandos bestimmt.“⁶⁴ Das militärische Personal erhielt jetzt den Auftrag, drei Selbstschutzkompanien aus 400 Krimtartaren zum Kampf gegen die Rote Armee auszubilden. Das wissenschaftliche Personal aber unterstand nach wie vor nur der Weisung des Reichsaußenministers, wie Künsberg noch im Juli 1942 mehrfach versicherte. Mit Wirkung vom 1. August 1942 wurde das Sonderkommando in „Bataillon der Waffen-SS z. b. V.“ umbenannt⁶⁵.

Die Reste des Sonderkommandos wurden freilich immer mehr zur Erbeutung von wirtschaftlich relevanten Akten eingesetzt. Bereits während der deutschen Sommeroffensive des Jahres 1942 wurde dies deutlich. Im August 1942 wurde ein „Vorkommando Kaukasus“ eingesetzt, um die Städte Rostow, Taganrog, Krasnodar nach ausschließlich wirtschaftlichem Material zu durchsuchen. Dabei wurden 12 Kisten mit Akten aus der Zementfabrik, der Konservenfabrik, dem Landwirtschaftlichen Institut und dem Weinbau-Institut in Krasnodar beschlagnahmt. In Taganrog wurden mindestens 30 Kisten mit technischen Büchern und Zeitschriften erbeutet und nach Berlin geschickt. Ein weiteres Einsatzkommando „Wolga“ unter der Leitung von Siebert erhielt am 3. August 1942 den Befehl, Stalingrad zu durchsuchen. Die Suche wurde sehr bald abgebrochen, da das zuständige AOK wegen der angespannten militärischen Lage den weiteren Zutritt zum Frontgebiet verbot.

Das ehemalige Kommando Hamburg wurde im Oktober/November in Nowgorod eingesetzt. Dort kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Wolfgang Mommsen, einem Mitarbeiter der Archivschutzkommission⁶⁶, da sich das Sonderkommando und der Archivschutz um die Bestände des Staatsarchivs in Nowgorod stritten. Mommsen hatte jedoch im Gegensatz zum Sonderkommando keinerlei Transportfahrzeuge zur Verfügung. Man einigte sich daher darauf, daß das Sonderkommando das gesamte Archiv samt der Fachbibliothek nach Berlin für den Archivschutz transportieren würde. Als Gegenleistung handelte das Sonderkommando dem Archivschutz die Bibliothek und einen kleinen Teil der Archivalien ab⁶⁷. Insgesamt wurden vier Waggons für Mommsen beladen und am 31. Oktober 1942 nach Riga ab-

⁶⁴ PA/AA, R 27575.

⁶⁵ Vgl. PA/AA, R 27574, Schreiben vom 11.7. 1942. Vgl. auch Der Bundesbeauftragte, Nr. 942, Schreiben des SS-Führungshauptamtes vom 10.9. 1942.

⁶⁶ Die Archivschutzkommission stand unter der Leitung Ernst Zipfels, dem Generaldirektor des Preußischen Staatsarchivs und Direktor des Reichsarchivs. Er wurde am 22.5. 1940 zum „Kommissar für den Archivschutz“ ernannt. Vgl. auch Hans Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Stuttgart 1988, Bd. 5/1, S. 314 ff.

⁶⁷ Vgl. BA Berlin, R 90/173, Bericht Mommsens an den Leiter der Archivschutzkommission, Dr. Zipfel, über die Angelegenheit in Nowgorod, mit einer offiziellen und einer inoffiziellen Fassung. Die Akte enthält auch die Listen der Akten, die dem Sonderkommando (von Hehn) bzw. der Archivschutzkommission überlassen wurden. Vgl. auch PA/AA, R 27557, Berichte aus der Sicht Hehns Ende Oktober/Anfang November 1942.

geschickt. Zwei weitere Waggons schickte Hehn für das Sonderkommando nach Berlin. Diese enthielten 29 Kisten aus der Bibliothek und der Archivbücherei, 14 Kisten Bücher aus dem Haus der Roten Armee, zwei Kisten Bücher des Pädagogischen Institutes aus dem Antonienkloster und eine Kiste Bücher aus der Sophienkathedrale im Kreml, ferner Katasterkarten, statistisches Aktenmaterial, 8 Kisten Akten verschiedener Kulturämter sowie Wirtschaftsakten aus dem Staatsarchiv.

Im November und Dezember 1942 hielt sich Hehn noch einmal im Raum Leningrad auf, um dort eine Art Nachlese zu halten. In Peterhof, Puschkin, Sluzk, Znamenk und Poss. Lenina durchsuchte er wie im Jahr zuvor die Gebäude und fand etwa in Puschkin (Zarskoje Selo) noch fünf Kisten Bücher, darunter eine komplette Ausgabe der historischen Zeitschrift „Istoriceski Vestnik“. In Poss. Lenina durchsuchte er in einer ehemaligen Kirche eine größere Bücherei, die aus Lehrbüchern für die Feuerwehr und militärischem Schrifttum bestand. Obwohl die Bücher der Feuerwehr zurückgelassen wurden, ergab das immer noch über 5 LKW-Ladungen Bücher, die nach Siwerskaja überführt wurden. Gestört wurde das Sonderkommando Künsberg bei seiner „Tätigkeit“ durch eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass vom 17. November 1942. Diese Meldung sorgte für erhebliche Unruhe im Auswärtigen Amt und veranschaulicht, daß man dort sehr wohl wußte, daß dieses Sonderkommando außerhalb der Legalität operierte. Angeblich war ein Mitarbeiter des Sonderkommandos von der Roten Armee gefangengenommen worden und hatte alle Plünderungen gestanden. Tatsächlich ließ die Tass-Meldung auf eine gute Quelle schließen, da Auftrag und Unterstellungsverhältnis zutreffend beschrieben wurden. Jedoch wurden dem Sonderkommando in dieser Meldung zahlreiche Plünderungen anderer Einheiten und Personen zur Last gelegt. Es wurde ihm unterstellt, es habe zahlreiche Kunstgegenstände, darunter die Dielen und Teppiche aus dem Schloß Zarskoje Selo, abtransportiert. Für diese Plünderungen waren sie aber nachweislich nicht verantwortlich⁶⁸. Der Zwischenfall hatte zur Folge, daß Künsberg sämtliche Hinweise auf die Zugehörigkeit zum Auswärtigen Amt entfernen ließ, sogar – wie Künsberg am 1. Dezember 1942 festlegte – nicht nur aus dem Schrift- und Telegrammverkehr, sondern auch aus den Stiefeln⁶⁹.

Dem Sonderkommando Künsberg war es 1941 stets gelungen, zusammen mit den Spitzenverbänden die größeren Städte in den baltischen Staaten, der Ukraine und Weißrußland zu erreichen und dort als eine der ersten „Beuteorganisationen“ alles zu beschlagnahmen, was für die politische Kriegführung wichtig schien. Dabei gelang es dem Sonderkommando, mehrere Monate vor den Einsatzgruppen Rosenbergs vor Ort zu sein, um die Beute möglichst schnell nach Berlin zu schaffen. Mit dem Scheitern des deutschen Angriffs auf Moskau und Leningrad war ab 1942 auch der

⁶⁸ Vgl. BA-MA, RS 4/57, Berichte verschiedener Mitarbeiter des Sonderkommandos zum Wahrheitsgehalt der Tass-Meldung. Leider wurde diese Tass-Meldung von mehreren Autoren zum Thema Kunstraub unkritisch und ohne Angabe der Quelle übernommen. Vgl. vor allem Nicholas, *Der Raub der Europa*, S. 255 f.

⁶⁹ BA-MA, RS 4/57, Bataillonsbefehl Nr. 3/1943.

Erfolg des Unternehmens Künsberg in Frage gestellt. Das Jahr 1942 ist daher gekennzeichnet von Machtkämpfen innerhalb des Auswärtigen Amts, wo immer mehr Stimmen die Auflösung des Kommandos forderten. Zugleich gewann Rosenberg in den besetzten Ostgebieten durch den Aufbau der Reichkommissariate Ostland und Ukraine zunehmend an Einfluß, den er bereits im Januar 1942 gegen alle Konkurrenten, insbesondere aber gegen das Sonderkommando einsetzte. Damit war die Tätigkeit des Sonderkommandos 1942 auf das Operationsgebiet und das rückwärtige Heeresgebiet beschränkt. Zugleich gelang es Rosenberg, mit Weisung des OKH vom 25. Oktober 1941 seine Zuständigkeit für die Beschlagnahme jüdischen, kirchlichen und freimaurerischen Materials auch im Operationsgebiet zu behaupten⁷⁰. Die Zivilverwaltung hatte sich gegenüber dem Konzept der „schnellen Beute“ durchgesetzt.

Um die Bedeutung einer solchen Organisation beurteilen zu können, sollte man allerdings nicht allein untersuchen, welche Materialien abtransportiert werden konnten, sondern wie diese Materialien verteilt und ausgewertet wurden.

Die erbeuteten Materialien aus der Sowjetunion wurden von Winter 1941/42 bis Frühjahr 1943 in Berlin, Hardenbergstr. 29a, gesammelt, gesichtet und weiterverteilt. Ein kleiner Teil wurde dort in einer Art Ausstellung arrangiert, die allerdings nur ausgewählten hochrangigen Funktionären zugänglich war. 1942 wurde ein achtbändiger Katalog der noch verfügbaren Akten und Bücher angefertigt und zur Auswahl vorgelegt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und besonders mit dem Sonderkommando standen ab 1942 die zahlreichen Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften, beispielsweise die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft unter der Leitung von Wilfried Krallert oder die Publikationsstelle Berlin-Dahlem, in der zahlreiche Archivare tätig waren. Diese Forschungsgemeinschaften wurden vom Sonderkommando Künsberg und dem Geographischen Dienst häufig bedacht⁷¹.

Im Auswärtigen Amt wurden nicht nur bestimmte Referate wie die Presseabteilung und die Informationsabteilung mit politischem Material versorgt, sondern auch einzelne Angestellte, die sich für ihren persönlichen Bedarf Bücher aus der „Beute“ aussuchen durften. So entnahm der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, etwa hundert Bücher aus der Bibliothek in der Hardenbergstraße, die ursprünglich aus dem Schloß Pawlowsk stammten. Es handelte sich um überwiegend französischsprachige Literatur des 18./19. Jahrhunderts. Künsberg gab die Anweisung an seinen Arbeitsstab, noch einen russischen Brustharnisch dazuzulegen⁷².

Im Laufe des Jahres 1942 wurden die sowjetischen Buchbestände aus dem Lager in der Hardenbergstraße an verschiedene Stellen abgegeben. Insgesamt hatte das Sonderkommando bis zum Ende des Jahres 1942 etwa 250 000 beschlagnahmte Objekte

⁷⁰ Weisung des OKH über den Einsatz von Sonderkommandos zum Raub von Kulturgütern in den okkupierten sowjetischen Gebieten vom 25.10. 1941, abgedruckt in: Norbert Müller (Hrsg.), *Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941–1944*, Berlin (Ost) 1980, S. 187f.

⁷¹ Einzelaufstellung der Überweisungen an die Publikationsstelle befinden sich im BAK, R 153/1167 und 1209.

⁷² Vgl. PA/AA, R 27558. Die Provenienz des Brustharnisches ist nicht bekannt. Vermutlich stammt er aus dem Lawra-Museum in Kiew.

bereits weiterverteilt. Davon wurden ca. 145 000 Karten und geographische Bücher dem Geographischen Dienst des AA übergeben⁷³. Die komplette Bibliothek des Alexander-Schlusses mit 10 000 Bänden sowie die Bibikov-Bibliothek und die Judaica-Bibliothek aus Kiew mit insgesamt 65 000 Bänden waren dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete, also Reichsleiter Rosenberg, übergeben worden, ebenso die Volksdeutschen Archive aus Odessa und Simferopol mit 12 000 Bänden.

Da Ribbentrop aufgrund mangelnder Erfolge die Auflösung des Sonderkommandos Künsberg zum 1. August 1942 forderte, stellte sich die Frage, wie die noch verbliebene Bibliothek mit 52 900 Bänden sinnvoll zu verteilen war⁷⁴. Am 29. Oktober 1942 legte der Gesandte von Dörnberg dem Reichsaußenminister einen Katalog dieser Bibliothek vor, der mit Vorschlägen für die weitere Verteilung versehen war. Dörnberg regte an, die kompletten Bibliotheken aus den Schlössern Pawlowsk und Gadschina mit insgesamt 37 500 Bänden sowie 550 Stiche und Zeichnungen verschiedener Provenienz an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete abzugeben. Etwa 7400 Bände Wirtschaftsliteratur wurden für den Vierjahresplan und den Reichsforschungsrat vorgesehen. Weitere 7000 Bücher, Plakate, Filme und Schallplatten sowie eine Sammlung der in der Sowjetunion verbotenen Bücher sollten Generalkonsul Wüster für eine Ausstellung des Auswärtigen Amtes über die „Neuordnung Europas“ übergeben werden. Die historischen Waffen und Fahnen, die in Kiew beschlagnahmt worden waren, sollten zwischen dem Chef der Heeresmuseen und dem Reichsführer SS aufgeteilt werden⁷⁵. Etwa 2000 Bände waren für die verschiedenen Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften vorgesehen, die mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung standen. Insgesamt war also über die Hälfte des restlichen Beutematerials für das sogenannte Ostministerium vorgesehen. Dies war aber Ribbentrop nicht genug. Er ordnete vielmehr an, das gesamte Material dem Ostministerium zu übergeben. Eine Ausnahme gestattete er lediglich bei der Wirtschaftsbibliothek, die er dem Beauftragten für die Durchführung des Vierjahresplans überlassen wollte. Generalkonsul Wüster durfte sich 2000 in der Sowjetunion verbotene Werke und 250 Propaganda-Plakate auswählen. Somit erhielt auf Anweisung des Reichsaußenministers der Reichsleiter Rosenberg ca. 44 400 Werke aus diesem Restbestand, das sind über 85 %. Von den insgesamt ca. 300 000 Objekten, die das Sonderkommando Künsberg vom Juni 1941 bis Oktober 1942 in der Sowjetuni-

⁷³ Der Geographische Dienst in Berlin wurde 1943/44 mehrfach von Bomben getroffen, wobei vermutlich der größte Teil des Archivs verloren ging. Die wertvollsten Beutebestände, darunter 10 000 historische Karten, Atlanten und geographische Bücher, die aus der Universitätsbibliothek in Kiew und Charkow stammten, wurden im August 1943 in einem Schloß in Grabow, Oststernberg (Brandenburg), ausgelagert. Das Gebiet wurde zunächst von der Roten Armee besetzt und gehörte nach 1945 zu Polen. Das weitere Schicksal dieser Karten ist nicht bekannt. Vgl. BAK, B 323/29–32, Deklaration Nr. 2051, und PA/AA, R 105 204.

⁷⁴ Tatsächlich bestand das Sonderkommando weiter, ging aber von der Zuständigkeit des AA in die Zuständigkeit des SS-Führungshauptamts über. Die genauen Umstände dieser Übertragung konnten anhand der vorhandenen Akten nicht geklärt werden. Der Aufgabenbereich blieb derselbe. Vgl. PA/AA, R 27 574.

⁷⁵ Dieser Bestand, der ursprünglich aus 360 Waffen bestanden hatte, war mittlerweile auf 141 Stück zusammengeschmolzen.

on einschließlich der ehemaligen baltischen Staaten beschlagnahmt hat, sind fast die Hälfte verschiedenen Stellen des Reichsleiters Rosenberg übergeben worden⁷⁶.

Der größte Teil dieser Beute wurde der sogenannten „Ostbücherei“ Rosenbergs in Berlin zugewiesen⁷⁷, die Literatur zur Erforschung des Bolschewismus und Marxismus in Osteuropa sammelte. Dazu gehörte vor allem das sowjetische Propagandamaterial. Die Ostbücherei befand sich ab September 1942 in Berlin und wurde im September 1943 nach Ratibor in Oberschlesien verbracht. Dort fanden die russischen Truppen bei Kriegsende dieses Lager fast unversehrt vor und konnten es in die Heimat zurückführen⁷⁸.

Ende Juli 1943 wurde vom SS-Führungshauptamt die Auflösung des Bataillons zum 1. September 1943 angeordnet⁷⁹. Künsberg gelang es, in dieser kurzen Frist die militärische Übergabe zu vollziehen. Für die Auflösung der politischen Akten bat er jedoch um eine weitere Frist bis Oktober. Da die sogenannte „russische Bibliothek“ bereits Ende 1942 aufgelöst worden war, mußte nur noch ein kleinerer Teil der Beuteakten an verschiedene Stellen abgegeben werden. Der letzte wichtige Bestand an Beuteakten stammte aus Nowgorod. Es handelte sich um 11 Kisten Katasterakten und 174 Akten aus dem Staatsarchiv in Nowgorod, die für die Archivschutzkommission nach Berlin transportiert worden waren. Sie wurden Ende August 1943 der Archivschutzkommission in Prag übergeben⁸⁰. Etwa 100 Kisten und 7,5 Tonnen Bücher an geographischem, volkskundlichem und kartographischem Material sowie die sogenannte Wirtschaftsbibliothek mit 100 Kisten Buchmaterial gingen an das Reichssicherheitshauptamt, Amt VI (Wirtschaftsforschung)⁸¹.

⁷⁶ Zur Auflösung der Bibliothek vgl. PA/AA, R 27 558. Nicht enthalten sind in dieser Aufstellung die Beschlagnahmungen in Nowgorod und im Gebiet vor Leningrad, die nach der Auflösung der Bibliothek beschlagnahmt wurden. Bisher ist bei der Erforschung der Plünderungen Rosenbergs nicht berücksichtigt worden, daß der ERR in der Sowjetunion nicht alles selbst beschlagnahmt hat, sondern auch die Bestände anderer Organisationen übernommen hatte.

⁷⁷ Vgl. Bundesamt für äußere Restituten in der Oberfinanzdirektion Frankfurt, Akte I (K), Bd. III, Pagina 402 ff. Nach dem Arbeitsbericht des ERR wurde in der Zeit vom 1. 7.–30. 9. 1943 u. a. die „Sammlung Künsberg (zaristische, bolschewistische und ukrainische Bestände)“ verlagert. Der explizite Hinweis auf zaristische Sammlungen legt den Schluß nahe, daß auch die Bibliotheken, die das Sonderkommando Künsberg in den Zarenschlössern „sicherstellte“, der Ostbücherei übergeben wurden, obwohl zaristische Bibliotheken eigentlich nicht zum Sammelgebiet dieser Bibliothek gehörten.

⁷⁸ Die Judaica und Hebraica aus Osteuropa wurden vermutlich dem „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt übergeben. Ein Teil der Sammlung dieses Institutes wurde dort bei Luftangriffen vernichtet, der größere Teil jedoch nach Hungen bei Gießen ausgelagert. Dort übernahm die amerikanische Besatzungsmacht die Bestände und brachte sie in das Offenbach Archival Depot bei Frankfurt, das ein spezielles Zwischenlager für Archivgut, Bibliotheken und jüdische Kulturgüter war. Die genauen Vorgänge sind leider nicht belegt.

⁷⁹ Befehl des SS-FHA-Kdo. W-SS Tgb. Nr. II/5526/43 geh. vom 29. 7. 1943, in: BA-MA, RS 4/56.

⁸⁰ Vgl. den Einsatz in Nowgorod 1942, S. 550.

⁸¹ Die Liste der übergebenen Werke befindet sich in BA-MA, RS 4/56. Sie wurden dem Wannsee-Institut übergeben und mit diesem Anfang 1944 nach St. Lambrecht/ Steiermark verlagert, wo sie von der Britischen Besatzungsmacht aufgegriffen wurden. Der weitere Verbleib ist unbekannt.

Auch das Hygiene-Institut der Waffen-SS erhielt drei Kisten medizinischen Schrifttums⁸².

Die Akten des Sonderkommandos Künsberg aus den Jahren 1941 bis 1943, in denen es der Waffen-SS angehörte, wurden der Kriegsgeschichtlichen Forschungsabteilung der Waffen-SS in Oranienburg übergeben. Es handelte sich dabei um Akten sämtlicher Einsätze in der Sowjetunion, Personalakten sowie die Akten der lokalen Dienststellen in Kiew, Wien, Beneschau und Taganrog⁸³.

Das Auswärtige Amt erhielt weitere Akten des Sonderkommandos Künsberg, vor allem die Korrespondenzen mit dem Auswärtigen Amt, am 21. September 1943. Alle damals übergebenen Akten befinden sich heute wieder im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn.

Die Beschreibung der Tätigkeit des Sonderkommandos Künsberg konnte nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten nationalsozialistischen Kunstraubes in der Sowjetunion und den baltischen Staaten zeigen. Da diese Einheit des Auswärtigen Amtes kaum bekannt ist, lag es nahe, auch kurz auf die Vorgeschichte einzugehen. Erst anhand seiner Entstehungsgeschichte läßt sich das komplizierte Unterstellungsverhältnis beim Angriff auf die Sowjetunion begreifen.

Da die Akten fast vollständig überliefert sind, war es möglich, genaue Angaben über die Personalstärke und die Menge des geplünderten Materials zu machen. Vergleicht man die Personalstärke des Sonderkommandos mit anderen Plünderungsorganisationen in der Sowjetunion, so kann man feststellen, daß das Sonderkommando zusammen mit dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg zu den beiden größten Einheiten in der Sowjetunion gehörte⁸⁴. Dies bedeutet nicht, daß es auch die größte Menge an Beutematerial beschlagnahmt hat. Da zuverlässige Zahlen über die Menge des geplünderten Materials der anderen Organisationen noch nicht vorliegen, muß ein Vergleich weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Das Sonderkommando ging bei seinen Beschlagnahmungen in der Sowjetunion sehr selektiv vor. Keinesfalls hat das Sonderkommando alles beschlagnahmt, was am Wege lag. Kunstsammlungen wurden von ihm nicht angetastet, mit Ausnahme jener Waffen-Sammlung aus Kiew. Die Meldung der Einsatzkommandos, daß man in einer Stadt kein Material gefunden habe, bedeutete also nicht, daß diese Stadt vollständig

⁸² Die drei Kisten gingen an Dr. Bauer, der für das Sonderkommando Künsberg in der Sowjetunion als Arzt und als Fachmann für medizinisches Beutematerial tätig gewesen war.

⁸³ Von dort lagerte das Reichssicherheitshauptamt 1944 die Akten in das Schloß Sasmuk (Kreis Kolin, Tschechien) aus. Dort wurde es in „Kriegsarchiv der Waffen-SS“ umbenannt. Nach Kriegsende wurden die Akten gefunden und dem Historischen Institut der tschechoslowakischen Armee in Prag zur Aufbewahrung übergeben. Ein großer Teil wurde 1957 der DDR offiziell übergeben, darunter 6 Tonnen Archivalien der SS und der Militärgerichte. Anhand der im Militärarchiv Freiburg in Kopie vorhandenen Findbücher konnte ermittelt werden, daß sich heute nur noch vier Akten des Sonderkommandos Künsberg aus der Zeit vom 10. 10. 1941–12. 11. 1942 in Prag befinden.

⁸⁴ Der Archivschutz bestand aus höchstens 10 Personen. Vgl. dazu Torsten Musial, Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945, Potsdam 1996, S. 161–167.

geräumt war. Sie bedeutete vielmehr, daß kein Material für das Auswärtige Amt gefunden werden konnte.

Künsberg hatte sein Sonderkommando 1941 umstrukturiert, um möglichst schnell die beiden Großstädte Leningrad und Moskau mit seinen politischen Zentren zu erreichen. Mit dem Scheitern der Blitzkriegstrategie gegen Ende des Jahres scheiterte auch Künsbergs Konzept, das sich auf Schnelligkeit, Beweglichkeit und eigene Logistik konzentriert hatte. Da die beiden Städte nie erreicht werden konnten, verlagerte Künsberg 1942 den Schwerpunkt seiner Beschlagnahmungen von den außenpolitischen Akten zu den Wirtschaftsakten. Damit entfernte sich Künsberg von den eigentlichen Verwertungsinteressen des Auswärtigen Amtes. Der Mangel an militärischem und politischem Erfolg führte letztendlich zur Auflösung des Sonderkommandos.

Beispielhaft konnten die Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und dem Sonderkommando von 1940–1942 geschildert werden. Dabei stellte sich überraschend heraus, daß Rosenberg sich sowohl in Frankreich als auch in der Sowjetunion gegenüber dem Auswärtigen Amt behaupten konnte und – neben dem Geographischen Dienst des Auswärtigen Amtes – der eigentliche Nutznießer der Beschlagnahmungen Künsbergs war. Sicherlich ließen sich auch die Beziehungen, Kompetenzstreitigkeiten und kurzfristigen Allianzen des Sonderkommandos mit anderen Einheiten näher untersuchen. Doch dies würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.